

Mit der Straßenbahn in den Westen

Nach 30 Jahren kommt Schwung in die Planung



Eine Verbindung zwischen Karlshorst und Neukölln, die schnelle Anbindung von Schöneweide und Johannisthal, die Pläne hierzu sind uralte. Nach Jahrzehnten des Wartens kommt nun endlich Schwung in das Vorhaben. Ein Baustart rückt in greifbare Nähe.

Bei der damaligen Planung der heutigen U5 war eine Verlängerung vom U-Bahnhof Tiergarten, über Schöneweide bis nach Johannisthal vorgesehen. Dass daraus nichts geworden ist, ist bekannt. Nun kommt aber endlich die Verlängerung der Straßenbahn.

Starten soll die Verlängerung der Straßenbahngleise an der Haltestelle Haeckelstraße am Sterndamm. Weitergehen soll es über den Sterndamm, welcher breit genug ist, um die Straßenbahn aufzunehmen. Auch die Stubenrauchstraße ist schon vor Jahren so gebaut worden, dass in der Mitte noch Platz für zwei Straßenbahngleise ist. Ebenso bietet die Massantebrücke seit Jahrzehnten den nötigen Raum. Bis zur

U-Bahnstation Zwickauer Damm soll die Straßenbahn führen. Der genaue Weiterbau der Strecke wird noch diskutiert. Wahrscheinlich ist aber die weitere Verlängerung der Strecke über die Fritz-Erler-Allee zur U-Bahnstation Johannisthaler Chaussee.

Die Straßenbahn soll die überfüllte Buslinie der M11 entlasten sowie neue Fahrgäste anlocken. Denn eine Tram kann mehr Menschen transportieren und schneller unterwegs sein. Dabei hat sie jedoch die Möglichkeit, genauso viele Haltestellen anzufahren wie der Bus.

Dies ist dringend notwendig, denn durch die neuen Bauvorhaben, wie z.B. im Eisenhutweg, sowie die Mobilitätswende werden die Fahrgastzahlen weiter steigen. Die verlängerte und aufgewertete Straßenbahn wird eine wichtige Ergänzung sein. Erwartet wird die Inbetriebnahme im Jahr 2029. Vorerst wird jedoch die Grundlagenuntersuchung zum Ende des Jahres 2022 abgeschlossen.

Die SPD will das dauerhafte 29-Euro-Ticket

Die schnelle und unmittelbare Entlastung für Berlin

Berlin ist das einzige Bundesland, das nach dem Erfolg des bundesweiten 9-Euro-Tickets die finanzielle Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger mit dem 29-Euro-Ticket fortführt. Geht es nach der SPD, wird das 29-Euro-Ticket eine dauerhafte Selbstverständlichkeit. Für Inhaber des Berlinpasses wird es ein ermäßigtes Sozialticket für 9 Euro geben.

Das deutschlandweite 9-Euro-Ticket für Bus und Bahn war im Sommer ein voller Erfolg und hat dazu beigetragen, den Bürgerinnen und Bürgern in einer Zeit der steigenden Kosten eine finanzielle Erleichterung zu bieten. Noch dazu war es vielen Menschen dadurch möglich, vom Auto auf Busse und Bahnen umzusteigen.

Berlin ist nicht automatisch zu den alten Preisen für den öffentlichen Nahverkehr zurückgekehrt. Stattdessen haben wir von Oktober 2022 bis einschließlich März 2023 ein 29-Euro-Ticket eingeführt. Dieses wird aus Berliner Landesmitteln finanziert und ist bereits nach wenigen Wochen ein Erfolg: über 160.000 Berlinerinnen und Berliner haben bis heute das Angebot genutzt.

Und wer bereits ein Abo hatte, bekommt die Differenz zurück.

Auf Bundesebene wird es ein 49-Euro-Ticket geben. Doch das reicht der SPD in Berlin nicht aus. Es braucht auch weiterhin ein Ticket nur für Berlin. Und das muss natürlich billiger sein als ein deutschlandweites Ticket. Deshalb wollen wir langfristig auch das bereits seit langem geplante 365-Euro-Jahresticket für den öffentlichen Personennahverkehr einführen und haben uns in Berlin für eine unterbrechungsfreie und vom Bund mitfinanzierte Fortsetzung des 29-Euro-Tickets ab 2023 eingesetzt.

Wir wollen, dass alle Berlinerinnen und Berliner in unserer Stadt mobil sein können, ohne sich Sorgen über die Kosten für ihre Tickets machen zu müssen. Wer schon jetzt das 29-Euro-Ticket nutzt, soll dies weiterhin tun können. Wir haben uns gegen unsere Koalitionspartner für die Reduzierung des Sozialtickets auf 9,- eingesetzt, das zunächst ebenfalls bis Ende März 2023 erhältlich sein soll. Geht es nach der SPD, wird das 29-Euro-Ticket und das neue Sozialticket zur Selbstverständlichkeit.

So können Sie mich erreichen:

Abgeordnetenhaus:	Wahlkreisbüro	Sprechstunde
Abgeordnetenhaus Niederkirchnerstraße 5 10117 Berlin Tel.: 030 / 23 25 22 90	Rathaus Johannisthal Sterndamm 102 12487 Berlin Tel.: 030 / 40 74 22 73	Montags, 14:30 - 16:30 Uhr SPD-Ansprechbar Siemensstraße 15 12459 Berlin
Oder direct: 0179 / 39 34 615 (auch WhatsApp, Telegram, Signal oder Threema) wahlkreisbuero@lars-duesterhoeft.de www.lars-duesterhoeft.de		

Ansprechbar

Zeitung von Lars Düsterhöft

Für Sie im Abgeordnetenhaus von Berlin



Ausgabe 4. Quartal 2022

Gedruckt auf Recyclingpapier

Berlin muss erneut wählen Wer soll Sie im Abgeordnetenhaus vertreten?

Nun haben wir Gewissheit. Das Landesverfassungsgericht hat am 16. November entschieden, dass die Berlinerinnen und Berliner erneut an die Wahlurnen gerufen werden. Gewählt wird voraussichtlich am 12. Februar 2023. Dann dürfen Sie erneut über die Zusammensetzung unserer Bezirksversammlungen und des Abgeordnetenhauses von Berlin entscheiden. Wer in Zukunft unsere Stadt regieren soll, liegt nun erneut in Ihren Händen.

Zu den Wahlen zum Bundestag, des Abgeordnetenhauses und der 12 Bezirksparlamente kam vergangenes Jahr noch der Volksentscheid zur Enteignung großer Wohnkonzerne. Durch diese Ballung, dem gleichzeitig stattfindenden Berlin-Marathon und durch zahlreiche Pannen, kam es an diesem Tag zu erheblichen organisatorischen Problemen. Auch in unserem Bezirk gab es Fehler, die jedoch keine mandatsrelevanten Auswirkungen hatten.

Trotzdem gilt es ohne Wenn und Aber das Gerichtsurteil anzuerkennen und umzusetzen. Demokratie ist manchmal anstrengend und auch kostspielig, sie wird aber immer das Beste bleiben, was wir haben.

Dass damals 31,4 % der Erststimmen auf mich entfielen, erfüllt mich immer noch mit großer Dankbarkeit. Leider ist dieses deutliche Ergebnis mit der Gerichtsentcheidung nun nichts mehr wert. An meiner Motivation, als ihr gewählter Abgeordneter für unsere Kieze gute Politik zu machen und mich für die Belange der Bürgerinnen und Bürger vor Ort einzusetzen, hat sich nichts geändert. Im Gegenteil! Ich werde weiterhin aus vollster Überzeugung ansprechbar und engagiert sein und auch im Land Berlin für eine Politik eintreten, die alle Berlinerinnen und Berliner im Blick hat. Klientelpolitik werden Sie mit mir nicht bekommen.

Ich werde Sie deshalb in den kommenden Wochen erneut um Ihre Unterstützung bitten. Sie kennen mich. Sie wissen, was Sie an mir haben. Sie wissen, dass Sie mich fast rund um die Uhr erreichen können und ich mich für Johannisthal, Oberschöneweide, Niederschöneweide und Oberspree einsetze. Darauf können Sie sich verlassen. Dafür brauche ich am 12. Februar Sie und Ihre Stimme!

Ihr Lars Düsterhöft

Der Schulausbau braucht den Turbo

Die landeseigene Berlinovo soll unterstützen



Für den Ausbau der Schulen gibt Berlin jedes Jahr über 1 Milliarde Euro aus. Doch das reicht nicht. Ebenso braucht es mehr Planungskapazitäten. Nun soll die landeseigene Berlinovo zusätzlich unterstützen.

Der Bau und die Unterhaltung der Schulen ist eigentlich Aufgabe der Bezirke. Über viele Jahre haben viele Bezirke das Thema allerdings schleifen lassen. Wenigstens der bauliche Zustand der Treptow-Köpenicker Schulen war stets größtenteils gut. Doch auch bei uns gibt es seit Jahren einen massiven Mangel an Schulplätzen.

Um den wachsenden Schülerzahlen zu begegnen und die Schulgebäude zu sanieren, führte die SPD 2016 die Schulbauoffensive ein. Angefangen bei einer Viertelmilliarde Euro in 2016 gibt das Land Berlin in diesem Jahr über 1 Milliarde Euro für die Erweiterung unserer Schulen aus.

Seither wurden bereits 25.000 zusätzliche Schulplätze geschaffen und viele tausende Schulplätze durch Sanierung gesichert. Zwar konnten durch die Bauoffensive so viele Schulplätze neu geschaffen werden, wie ursprünglich prognostiziert wurden, die Zahl der Schülerinnen und Schüler ist

allerdings durch Zuzug noch schneller gewachsen. Heute fehlen noch ähnlich viele Schulplätze wie schon 2016.

Die neue Bevölkerungsprognose zeigt, dass Berlin in den nächsten Jahren um ca. 200.000 Menschen wachsen wird. Bei der Gruppe der 6-18-Jährigen wird mit einem Wachstum von 9 Prozent auf ca. 430.000 Kinder und Jugendliche gerechnet.

Die Bildungsverwaltung hat mehr als 170 Schulausbauten priorisiert. Die Schülerinnen und Schüler, die Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher sowie die Eltern sagen zurecht, dass bei der Schulbauoffensive nicht nachgelassen werden darf. Deshalb wollen wir uns nicht damit abfinden, bis 2026 lediglich 40 Schulen anzugehen, wie es durch die Senatsverwaltung für Finanzen finanziert wurde.

Seit 2016 unterstützt bereits die landeseigene HOWOGO mit ihrer Planungskompetenz die Schulbauoffensive. Die SPD will nun dafür sorgen, dass auch die landeseigene BERLINOVO unterstützt, welche über mehr als 4 Milliarden Euro Eigenkapital verfügt sowie zusätzliche Planungskapazitäten mitbringen kann.

3 Milliarden Euro Berliner Entlastung

Das Abgeordnetenhaus hat den Nachtragshaushalt beschlossen

Das Land Berlin entlastet mit rund 3 Milliarden Euro Privathaushalte, Vereine und Unternehmen. Hierzu hat das Abgeordnetenhaus einen Nachtragshaushalt beschlossen. Wichtig dabei: Mit dem Nachtragshaushalt werden keine zusätzliche Schulden aufgenommen.

Die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey sagt dazu: "Wir gehen verantwortungsvoll mit unseren Finanzen um und nehmen keine neuen Schulden auf, sondern nutzen Steuermehreinnahmen." Ihre klare Botschaft: "Wir lassen die Berlinerinnen und Berliner in der Krise nicht allein."

Rund 500 Millionen sind vorgesehen, um die Berlinerinnen und Berlinern durch vergünstigte Tickets im öffentlichen Nahverkehr zu entlasten. Das 29-Euro-Ticket wird bis Ende März 2023 verlängert. Das Sozialticket wird von derzeit 27,50 Euro auf 9 Euro vergünstigt – ebenso vorerst bis Ende März 2023. Das ist die schnellste und unbürokratischste Entlastung der Menschen.

Private Haushalte profitieren durch eine Reihe von Maßnahmen. Insgesamt 235 Mio. Euro ist dieser Teil des Nachtragshaushaltes groß. So wird u.a. ein Härtefallfonds eingerichtet. Dieser soll Menschen unterstützen, die durch die steigenden Kosten von Energiesperren bedroht sind.

Durch das im Bund beschlossene neue Wohngeld sind nun weitaus mehr Menschen wohngeldberechtigt. Um die erwartete Antragsflut bewältigen zu können, können die Bezirksämter umgehend zusätzliches Personal einstellen. Hierfür geben wir allein 20 Millionen Euro.

Für die städtischen Wohnungsunternehmen wurde ein Kündigungs- und Mietmoratorium beschlossen. Damit sind Kündigungen durch Zahlungsrückstände oder Räumungen ausgeschlossen. Für die Dauer des Moratoriums (zunächst bis Ende 2023) wird es zudem keine Erhöhungen der Kaltmieten geben. Das ist eine gute Nachricht für rund 700 000 Berlinerinnen und Berliner, die Mieterinnen und Mieter einer der über 350.000 städtischen Wohnungen sind. Zuletzt hatten Regierungskoalition und Senat auch an private Vermieter appelliert, sich dem Moratorium anzuschließen und für stabile Mieten zu sorgen.

Zahlreiche wirtschaftliche Hilfen, für die insgesamt 343 Mio. Euro veranschlagt werden, wird es auch für private Unternehmen geben. Diese können z.B. unter bestimmten Voraussetzungen ein zinsgünstiges „Überbrückungsdarlehen“ beantragen. Seit Oktober 2022 können diese Hilfen bereits beantragt werden.

Auch in die soziale und öffentliche Infrastruktur wird gut investiert. So werden u.a. die Energiekosten aller Institutionen finanziert, die „den Laden am Laufen halten“, wie bspw. Feuerwehr oder Polizei, aber auch andere Zuwendungs- und Entgeltempfänger wie Vereine, Verbände sowie Kultureinrichtungen. Schließlich wird mit dem „Netzwerk der Wärme“ ein Zeichen für den Zusammenhalt der Berlinerinnen und Berliner gesetzt. Mit dem Mitteln aus dem Nachtragshaushalt werden Orte für Austausch, Begegnung und Beratung in den Kiezen geschaffen bzw. vorhandene ausgebaut.

Neue Chancen statt Jobcenter-Dauerschleife

Das neue Bürgergeld schafft Hartz IV ab

Wer in eine schwierige Lage gerät, braucht nicht noch zusätzliche Hürden. Er hat Respekt und Unterstützung verdient. Die SPD löst das Versprechen ein und schafft Hartz IV endlich wieder ab. Die Ziele: mehr Sicherheit in schwierigen Lebenslagen, bessere und gezieltere Vermittlung in Arbeit.

Die SPD hat zur Bundestagswahl versprochen, Hartz IV abzuschaffen und ein neues Bürgergeld einzuführen. Es begegnet den Menschen mit Respekt und bringt ihnen Vertrauen entgegen. Der Bundestag hat nun diese große Reform der Arbeitslosenunterstützung beschlossen. Bereits im kommenden Jahr soll das Bürgergeld einen unkomplizierten, wirksamen und fairen Zugang zu einem Sozialstaat auf Augenhöhe bieten. Nicht zuletzt ist es überfällig, dass Empfängerinnen und Empfänger von Hartz IV und Grundsicherung endlich mehr Geld bekommen. Trotz historischer Inflation gab es seit dem 1. Januar 2021 so gut wie keine Erhöhung.

Darum geht es:

Neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt durch Qualifizierung: Zwei von drei Menschen, die schon lange ohne Arbeit sind, haben keinen Berufsabschluss. Das neue Gesetz schafft den sogenannten Vermittlungsvorrang ab und eröffnet damit neue Chancen. Wer keinen Berufsabschluss hat soll diesen nachholen können, ohne in dieser Zeit Aushilfsjobs annehmen zu müssen. Denn fast nie führen diese Jobs zu einer dauerhaften Beschäftigung. Im Gegenteil. Schnell sind die Menschen wieder beim Jobcenter.

Neues Miteinander und neues Vertrauen: Das Bürgergeld gibt den Menschen einen Vertrauensvorschuss. Gemeinsam wird ein Kooperationsplan als „roter Faden“ entwickelt – ohne Bürokratie und Rechtsfolgen. Für die Dauer von sechs Monaten gilt eine „Vertrauenszeit“. In dieser Zeit soll es keine Leistungskürzungen geben, wenn sogenannte Pflichtverletzungen vorliegen, wenn also zum Beispiel ein Jobangebot abgelehnt wird.

Mehr Bürgerfreundlichkeit und weniger Bürokratie: Die Jobcenter sollen bei der Bürokratie entlastet werden und sich nicht mehr mit Rückforderungsbescheiden herumschlagen müssen, wenn jemand zu viel Geld erhalten hat. Hier soll es eine Bagatellgrenze von 50 Euro geben.

Mehr Sicherheit und Respekt für Lebensleistung: Vorhandenes Vermögen soll in den ersten beiden Jahren erst ab einer Grenze von 60 000 Euro angerechnet werden, bei jeder weiteren Person im Haushalt ab 30 000 Euro. Dies unterstützt beispielsweise besonders Selbständige, die bisher gezwungen werden konnten, ihre privaten Altersvorsorgen aufzubrechen. In den ersten beiden Jahren sollen außerdem die tatsächlichen Kosten für die Wohnung anerkannt werden, auch wenn diese größer und teurer ist und über dem als „angemessen“ eingestuften Niveau liegt. Der Druck, sich schnell eine kleinere Wohnung zu suchen, wäre damit weg.

Höhere Regelsätze: Die Regelsätze sollen um 53 Euro steigen. In Anbetracht der historischen Inflation ist dies eine dringend notwendige Erhöhung.